

Flüchtlinge unterbringen – schaffen wir das?

Landtagswahl 2016: Kandidaten der aktuell im Landtag vertretenen Parteien antworten auf unsere Fragen

Frage 5: Baden-Württemberg sieht sich im Moment mit der wohl höchsten Flüchtlingszahl in seiner 64-jährigen Landesgeschichte konfrontiert. Viele Kreise, Städte und Gemeinden klagen über eine (zu) hohe Belastung. Schaffen wir das dennoch?

Wahlkreis 9, Nürtingen



Thaddäus Kunzmann
CDU

Die Hilfsbereitschaft der Menschen in unserem Land ist groß. Wir kommen jedoch gleichzeitig an unsere Belastungsgrenze. Wir müssen wissen, wer in unser Land kommt, und diejenigen zeitnah wieder in die Heimat zurückführen, die zu Unrecht zu uns gekommen sind. Nur so können wir den Menschen, die aus Angst um ihr Leben flüchten, schneller, besser und gezielter helfen. Leider hat Baden-Württemberg im vergangenen Jahr lediglich zehn Prozent der Ausreisepflichtigen abgeschoben. Baden-Württemberg muss jetzt der Ausweisung der nordafrikanischen Staaten zu sicheren Herkunftsländern zustimmen und endlich die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen vornehmen.



Winfried Kretschmann
Grüne

Ja, wir schaffen das – aber wir schaffen es nicht allein. Um die Flüchtlingskrise zu bewältigen, braucht es europäische Solidarität. Der internationalen Gemeinschaft muss es einfach gelingen, die Flüchtlinge gerecht zu verteilen, die Fluchtursachen zu bekämpfen und die Flüchtlingslager vor Ort zu stärken. Hier stehe ich ganz klar auf der Seite von Kanzlerin Angela Merkel, die an einer europäischen Lösung dieser historischen Herausforderung arbeitet. Meine Landesregierung hat diese Krise bislang kraftvoll und erfolgreich gemeistert. Wir setzen bundesweit Maßstäbe bei der Aufnahme und der Unterbringung, bei der Registrierung, der Integration und der Rückführung von Flüchtlingen.



Sebastian Schöneck
SPD

Das haben wir selbst in der Hand. Wer Schutz vor Verfolgung und Krieg sucht, muss diesen bei uns finden. So viele Menschen wie 2015 können wir aber nicht noch einmal aufnehmen. Die nationale Abschottung ist keine Lösung, da sie nur mit Zäunen und Schießbefehlen funktioniert. Das wäre unmenschlich und das Ende der EU. Es gilt, Fluchtursachen zu bekämpfen und eine europäische Lösung zu finden. Landespolitisch brauchen wir mehr Sprach- und Integrationskurse, neuen Wohnraum, gute Arbeitsvorbereitung sowie weitere Unterstützung für die Kommunen und Ehrenamtlichen. Das kostet – aber damit sich Ängste nicht bestätigen, müssen wir jetzt Zeit und Geld investieren.



Dr. Michael Brodbeck
FDP

Positiv denken und konsequent handeln. Es gibt einen vernünftigen Weg der Mitte zwischen der „Kommet-alle-Politik“ von Merkel und Grünen und der rechtspopulistischen Rhetorik anderer. Zum politischen Asyl und Flüchtlingen gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention mit befristetem Aufenthalt stehen wir, aber viele, die kommen, erfüllen keine dieser Kriterien, sondern kommen aus wirtschaftlichen Gründen. Das verurteilen wir nicht, aber hier brauchen wir endlich ein Einwanderungsgesetz. Kurzfristig müssen die Kommunen aus Bund und Land unterstützt werden. Wenn wir also nicht blauäugig, sondern positiv und konsequent an diese Aufgaben gehen, dann gilt: Wir schaffen das!

Wahlkreis 8, Kirchheim



Karl Zimmermann
CDU

Nein. Diese Mengen, wie wir sie seit letztem Jahr erleben, schaffen wir auf Dauer nicht – weder im Ehrenamt noch im Hauptamt. Darum müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die Lasten zu reduzieren und innerhalb Europas besser zu verteilen. Die SPD muss in Berlin ihre Regierungsverantwortung ernst nehmen und die Grünen im Bundesrat ihre Verweigerungshaltung aufgeben. Die Landesregierung hat bei der konsequenten Rückführung von Flüchtlingen versagt und lässt die Kommunen bei der Finanzierung der Anschlussunterbringung im Regen stehen. Das wollen wir ändern. Kommunen brauchen ihre knappen Mittel weiterhin für Schulen, Kindergärten und Straßen.



Andreas Schwarz
Grüne

Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, Menschen, die aus ihrem Heimatland vor Kriegen und unmenschlichen Zuständen fliehen, hier ein sicheres Dach über dem Kopf zu bieten. Wir wollen sie gut in die deutsche Sprache und den Arbeitsmarkt integrieren. Basis hierfür ist unser Grundgesetz und unsere Werteordnung. Menschen, die nicht bei uns bleiben können, werden wir zurückführen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern für ihre großartige Arbeit. Das Land unterstützt die Landkreise und Kommunen bei der Integration der Flüchtlinge.



Andreas Kenner
SPD

Gerade wir in Baden-Württemberg sind doch dafür bekannt, „es zu schaffen“. Allerdings müssen die Rahmenbedingungen dafür vorhanden sein. Als Stadtrat sehe ich, dass die Kommunen viel mehr Geld benötigen für die Anschlussunterbringung, Sozialarbeit, Kitas, Begleitung und Unterstützung der Ehrenamtlichen. Auch benötigen wir mehr Stellen bei der Polizei, dem DRK, den sozialen Diensten. Es muss klar sein, dass die medizinische Versorgung der Flüchtlinge aus Steuermitteln bezahlt werden muss. Die zwölf Milliarden Euro Überschuss des Bundes müssen jetzt in die Kommunen fließen und nicht in die Bundeswehr. Ich sehe ansonsten den sozialen Frieden in unserem Lande gefährdet.



Ulrich Kuhn
FDP

Ich habe keinen Zweifel daran, dass wir das schaffen können. Dafür müssen aber diejenigen, denen die praktische Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen vor Ort obliegt, den Ton angeben (dürfen). Das Asylverfahren beschleunigt, Fluchtgründe in internationaler Allianz beseitigt und die Verteilung der ankommenden Menschen auf europäischer Ebene geregelt werden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. Zudem sollte jetzt das längst überfällige Einwanderungsgesetz beschlossen werden. Eine weitere Entlastung bei den Asylanträgen könnte da aber auch noch das explizite Aussprechen einer generellen Duldung aller Kriegsflüchtlinge bis zur Beendigung der ursprünglichen Kriegshandlungen sein.

Wahlkreis 7, Esslingen



Andreas Deuschle
CDU

Die CDU steht für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Wir haben der Welt gezeigt, wir sind bereit zu helfen. Dennoch ist mir wichtig zu betonen, dass ich kein Verständnis dafür habe, wenn straffällige und abgelehnte Asylbewerber nicht konsequent abgeschoben werden. Hier unternimmt mir die Landesregierung zu wenig. Dies verwundert jedoch wenig – im Wahlprogramm der Grünen steht dazu Folgendes: „Für uns ist klar, dass die freiwillige Rückkehr Vorrang vor der zwangsweisen Rückführung hat. Auf Bundesebene setzen wir (Grüne) uns dafür ein, die Abschiebehaft perspektivisch abzuschaffen.“ Dies ist in diesen Zeiten sicherlich nicht die Antwort auf die aktuelle Situation in den Kreisen und Gemeinden.



Andrea Lindlohr
Grüne

Weltweit sind viele Menschen auf der Flucht. Wir werden die zu uns Geflüchteten weiter menschenwürdig unterbringen und die integrieren, die bleiben dürfen. Bei diesen großen Aufgaben leisten das Land, die Kommunen und viele Ehrenamtlichen sehr viel. Es geht Schritt für Schritt, mit Realitätssinn und Humanismus. Wir haben Erstaufnahmestellen eingerichtet, die Registrierung beschleunigt und finanzieren die Flüchtlingswohnheime in den Landkreisen zu 100 Prozent. Wir haben Vorbereitungsklassen für Kinder geschaffen und fördern Sprachkurse für Erwachsene. Wir brauchen dringend eine europäische Einigung in der Flüchtlingspolitik – und Frieden in Syrien.



Wolfgang Drexler
SPD

Wer Schutz vor Verfolgung und Krieg sucht, muss bei uns Asyl finden können. Eins ist aber auch klar: Wir dürfen unser Land nicht überfordern – etwa wenn zu viele Flüchtlinge zu schnell nach Deutschland kommen. Dabei ist die Flüchtlingsfrage nur international zu lösen. In Baden-Württemberg sind durch die SPD-Ministerien bereits viele Dinge für eine gute Integration derjenigen, die bei uns bleiben werden, auf den Weg gebracht worden: Eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen, über 1100 neue Lehrer alleine für die Vorbereitungsklassen, Regelungen zur schnelleren Integration von Flüchtlingen im Arbeitsmarkt, eine erhebliche Aufstockung der Mietwohnraumförderung und Weiteres.



Erdal Özdoğan
FDP

Ja. Wenn nicht wir, wer sonst auf der Welt? Auch in diesem Bereich müssen wir an die Weltspitze mit intelligenten Lösungen. Durch eine Einwanderungspolitik müssen wir auch die besten Köpfe nach Deutschland holen. Ich sehe sehr gute Ansätze und Aktivitäten vom Ehrenamt überall im Land. Diese Aktivitäten müssen nun von der Verwaltung und den Regierungsverantwortlichen übernommen werden. Jetzt muss auch der Staat agieren. Das Land muss sich in der Sprachförderung viel stärker einbringen und den Kommunen, die an ihren Leistungsgrenzen sind, mehr Unterstützung geben. Das erwarte ich übrigens auch vom Bund.